

Noch **4** Tage bis zur Bundestagswahl

Darum gehe ich wählen



„Weil die Politiker zumindest einmal merken müssen, dass sie von Volkes Stimme abhängig sind. Wer nicht wählt, darf hinterher auch nicht meckern.“

Manuela Pfautz (19), Bad Mergentheim-Markelsheim, angehende Studierende für Elektrotechnik.

Wahltag bei „Lindenstraße“

Auch in der ARD-Dauerserie „Lindenstraße“ ist am Sonntag Wahltag. Bereits vor mehreren Monaten wurden unterschiedliche Versionen für den Ausgang der Bundestagswahl gedreht. Die Folge 1243 läuft ausnahmsweise erst um 21.10 Uhr im Ersten.

Die „Lindenstraße“-Bewohner schließen weder die Fortführung der großen Koalition noch eine schwarz-gelbe Mehrheit aus. Und allen Umfragen zum Trotz sieht eine Version für den Wahltag sogar die SPD als Sieger. Die passende Version wird dann ebenso wie die aktuellen Hochrechnungen in letzter Minute in die fertige Folge eingearbeitet.

In der Episode „Matthias Steinbrück“ treffen sich gut ein Dutzend Bewohner der Fernsehstraße „zum feuchtfröhlichen Wahl-Watching“. Auf der Wahl-Party kommt es fast zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, ein jahrelang vergessenes Mordkomplott kommt ans Tageslicht, und eine ungewollte Schwangerschaft sorgt für Aufregung.

Weitere Infos zur Bundestagswahl: www.swp.de

Das Onlineportal der SÜDWEST PRESSE bietet zur Bundestagswahl erstmals auch den Wahl-O-Mat als Orientierungshilfe für die Wahlentscheidung an. www.swp.de/wahlomat

Das erste Mal in der Kabine

Erstwähler – und die „Erbkrankheit“ Politikverdrossenheit

3,5 Millionen Erstwähler können an der Bundestagswahl am Sonntag teilnehmen. Aber wie bei ihren Eltern wächst auch unter ihnen die Politikverdrossenheit. Seit Jahren nutzen immer weniger ihr Wahlrecht.

ANDREAS CLASEN

Der Berliner Skandal-Rapper und Chartstürmer Sido geht am Sonntag zum ersten Mal zur Wahl. Dabei ist er schon 28. „Ich habe mir früher nie einen Kopf über Politik gemacht“, gibt er zu. Ja, noch 2006 hatte Sido im Lied „Wahlkampf“ gesungen: „Wer hat wie ich genug von den Heuchlern im Bundestag?“ oder „Wähl mich, ich versprech dir das Blaue vom Himmel“. In diesem Jahr hingegen wirbt er öffentlich für die Stimmabgabe am 27. September. „Es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen“, sagt der Geläuterte. „Wählen gehen ist wichtig!“

Damit passt Sido gut in die Wahlverhaltenstheorien der Politikwissenschaft. Denn dort hat sich über Jahrzehnte ein Hypothese in der Praxis bewährt: Je älter die Bürger werden, desto eher gehen sie wählen (siehe Interview).

Die Gültigkeit dieser These ändert leider nichts am Sinken der allgemeinen Wahlbeteiligung in Deutschland – und zwar auch bei den Jüngeren. Weniger als 69 Prozent der 18- bis 25-Jährigen gaben bei der vergangenen Bundestagswahl 2005 ihre Stimme ab. 1980 waren es noch etwa 80 Prozent.

Die emeritierte Politikwissenschaftlerin Ursula Hoffmann-Lange hat sich als ehemalige Leiterin der Abteilung „Jugend und Politik“ am Deutschen Jugendinstitut in München dem Thema intensiv gewidmet. „Erfahrungsgemäß gehen vor allem diejenigen mit höheren Ausbildungsabschlüssen und die politisch Interessierten zur Wahl“, sagt sie. Und auch die Angepassten mit mittlerer Bildung, deren Eltern stets ihre Stimme abgeben haben, würden am 27. September mit großer Wahrscheinlichkeit in der Wahlkabine stehen. Aber die jungen Leute, die wenig gebildet sind, kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und wie schon ihre Eltern nichts mehr von der „großen Politik“ erwarten, werden eher auf dem Sofa bleiben, als wählen gehen.

Dieses verbreitete negative Bild von der Politik und dem Wählen kennt die Politikwissenschaftlerin Dorothee de Nève nur zu gut. Noch gestern Abend gab sie ein Erstwählerseminar an einer Volkshochschule in Berlin. Es war nicht ihr ers-



Erstwählerinnen des Berufskollegs Mode und Design an der gewerblichen Schule Metzingen machen ihr Kreuz. Foto: Privat

tes und ihr fällt auf: „Die Politikverdrossenheit ist schon zu einer ‚Erbkrankheit‘ geworden.“ Wie die Eltern würden auch die Kinder über das Wählen lästern: „Meine Stimme

Wenn junge Leute die Vorurteile der Eltern übernehmen

zählt doch nichts, die Politiker kümmern sich nicht um meine Belange.“ Und dann steht de Nève da und probiert sie mit aktuellen Beispielen und Argumenten zu packen. Argument Nummer eins: „Politik beeinflusst Euer Leben ganz konkret. Deshalb müsst ihr die Politik per Wahlgang beeinflussen.“ Wenn jemand zum Beispiel keine Lust hat, genmanipulierte Lebensmittel zu essen oder gebührenfrei studieren will, dann kann er dem-

entsprechend wählen und Einfluss ausüben. Und wie wertvoll das Recht zu wählen ist, könnte jeder im Iran sehen, wo Menschen für freie gerechte Wahlen ihr Leben aufs Spiel setzten. „Die Nichtwähler schaffen es zwar Politiker zu ärgern“, gibt sie zu. „Doch dann sind sie schnell vergessen. Denn die Parlamentarier vertreten nur die Interessen der Bürger, die sie gewählt haben.“ Alle Seminarteilnehmer überzeugt de Nève so zwar nie, aber zumindest einige.

Wie die Wissenschaftlerin oder Sido versuchen derzeit viele Organisationen, Medien und Politiker die 3,5 Millionen deutschen Erstwähler zum Wählen zu animieren, sei es über konventionelle Wege wie Fernsehspots oder Wahlveranstaltungen, als auch über die von jungen Menschen überproportional genutzten Internetnetzwerke wie Twitter oder Facebook.

Zumindest Annika Baumeister müssen sie nicht mehr überzeugen. Erst vor ein paar Tagen ist die Hechingerin 18 Jahre alt geworden, und sie will auf jeden Fall ihr so frisch erworbenes Wahlrecht nutzen. Informiert hat sie sich zum großen Teil ganz konventionell über Zeitung und Fernsehen: „Das Duell zwischen Merkel und Steinmeier habe ich mir lange angeschaut, aber zum Schluss fand ich es doch zu langweilig.“ Im Internet hat sie den Wahl-O-Mat ausprobiert. Die Beantwortung der 38 Fragen und die Übersicht mit der Übereinstimmung zu den Parteiprogrammen fand sie gut. Am besten seien aber die Gespräche mit ihrem Freund über die Themen gewesen, die sie besonders interessieren, nämlich „Bildung, Studiengebühren und erneuerbare Energien“. Und jetzt weiß sie, wem sie am Sonntag zum ersten Mal ihre Stimme geben wird.

INTERVIEW

Offener für Exoten

Erstwähler beteiligen sich an Wahlen stets unterdurchschnittlich. Thorsten Faas, 34, Politikwissenschaftler an der Universität Mannheim, erklärt warum.

ANDREAS CLASEN

Wer sind die „Erstwähler“?
THORSTEN FAAS: Der Bundeswahlleiter definiert darunter 18- bis 21-Jährige. Genauer müsste man also besser von Erstwahlberechtigten sprechen. Schließlich gibt es viele Bürger, die erst mit 30 zum ersten Mal tatsächlich wählen.

Gehen Erstwähler weniger wählen als andere Wählergruppen?

FAAS: Ja. Laut der repräsentativen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters ist das so. 2005 lag die Wahlbeteiligung bei den Erstwählern bei 70 Prozent. Noch niedriger war die Beteiligung nur in der Gruppe der 21- bis 25-Jährigen. Sie lag bei 67 Prozent. Die 60- bis 69-Jährigen beteiligten sich dagegen zu 85 Prozent.

Warum ist das so?

FAAS: Je älter der Wahlberechtigte, desto eher wählt er – mit der Delle bei den 21- bis 25-Jährigen. Dieses Muster war schon in den 1970ern gültig. Hier hat sich nur das Gesamtniveau der Wahlbeteiligung reduziert. Politik wird für die Menschen im Laufe der Zeit einfach wichtiger. Außerdem sind Ältere weniger mobil und vermehrt etwa in Kirchen, Vereinen integriert, weshalb sie auch eher wählen gehen. Und die Erstwähler gehen eher zur Wahl als die 21- bis 25-Jährigen, weil sie das eben mal ausprobieren wollen.

Wen wählen Jüngere eher?

FAAS: Sie sind allgemein offener, exotische Parteien als die etablierten zu wählen. So kann man wohl dieses Mal bei der Piratenpartei erwarten, dass sie viele Erstwähler anzieht. Der Stimmenanteil der Union wächst dagegen mit zunehmendem Alter. 2005 erhielt die CDU bei den nur 18- bis 24-Jährigen 26,4 Prozent, bei den über 60-Jährigen aber 43,3 Prozent. Bei der SPD ist der Unterschied nicht so markant.

Wie fängt eine Partei diese Gruppe?

FAAS: Einmal mit Themen, die die jungen Leute interessieren: Bildungspolitik, Klimawandel... Zudem, indem man sie wie Barack Obama dort abholt, wo sie sich bewegen – in den Internetnetzwerken, mit Wahlwerbung in Computerspielen. Und dann müssen die Kandidaten sie einfach ansprechen können. In der Hinsicht sind wohl weder Frank-Walter Steinmeier noch Angela Merkel ein Obama.

WAHLLEXIKON

Merkel ist Twitterkönigin

Die Nutzer des Onlinedienstes Twitter sprechen eher gut als schlecht über Politiker. Für eine gestern veröffentlichte Studie der Technischen Universität München fanden Wissenschaftler weit mehr positive als negative Gefühlsäußerungen über fast alle untersuchten Politiker. Einzige Ausnahme: Horst Seehofer. Beim bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chef liegen die guten und schlechten Emotionen in etwa gleichauf. Die Forscher werteten rund 130 000 Kurznachrichten aus.

Unter den anderen acht untersuchten Spitzenpolitikern – Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Guido Westerwelle, Jürgen Trittin, Oskar Lafontaine, Karl-Theodor zu Guttenberg, Peer Steinbrück und Gregor Gysi – wiesen SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier und Grünen-Spitzenkandidat Trittin den größten Überschuss an positiven Emotionen auf.

Geht es um die Häufigkeit der Nennung von Parteien und Politikern, liegen die Union mit 35 100 der Tweets genannten Kurznachrichten und Kanzlerin Merkel mit 15 300 Nennungen klar vorne. Dahinter folgen die SPD mit 26 600 beziehungsweise Kanzlerkandidat Steinmeier mit 9800. Auf Platz drei kommen die FDP mit 16 600 und Parteichef Westerwelle mit 3000 Tweets. Die Linke bringt es auf 12 600 Nennungen. Die Grünen sind mit 3400 Kurznachrichten deutlich seltener Thema bei Twitter. AP

Bei Jungwählern im Land liegt Rot-Grün deutlich vorn

Probeabstimmung unter Erstwählern an Schulen: Keine Chance für Extremisten – Rückenwind für die „Piraten“

Extreme - rechts wie links - kommen nicht an bei erstmals wählenden Pennälern im Land. Rot-Grün könnte nach ihrem Votum eine Renaissance feiern.

WILHELM HÖLKEMEIER

Ulm. Joschija Merkle ist 18 geworden und freut sich auf die Bundestagswahl: „Ich finde es toll, dass ich jetzt auch mitbestimmen darf. Wenn die Politiker einen Haufen Schulden bauen oder die Umwelt belasten, müssen wir das schließlich ausbaden.“

Der Rottenburger Zwölfklassler am Technischen Gymnasium der

Gewerblichen Schule Tübingen liegt im Trend: Unter 745 erstwählenden Schülern und Schülerinnen, die sich an einer Probeabstimmung der SÜDWEST PRESSE für die Bundestagswahl am 27. September beteiligten, kreuzten nur 31 (4,2 Prozent) das Feld „Wähle nicht“ an.

Von Hechingen im Süden bis nach Weikersheim an der bayerischen Grenze haben Oberstufenklassen von zwölf Gymnasien oder beruflichen Schulzentren im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung mitgemacht und Schüler ab 18 um ihr Votum gebeten. In der – nicht repräsentativen, aber dank der großen Teilnehmerzahl aufschlussreichen – Abstimmung gab es einige

überraschend deutliche Erkenntnisse (Ergebnisse siehe Grafik):

■ Unter den etablierten Parteien gäbe es in dieser Altersgruppe eine klare Mehrheit für Rot-Grün vor Schwarz-Gelb. Extremisten haben bei den Besuchern weiterführender Schulen keine Chance. Nur sieben Stimmen entfielen auf Rechtsparteien.

■ Auch die vollmundigen Versprechungen der Linken stoßen auf äußerste Skepsis bei der Jugend.

■ Die neue Internetpartei „Piraten“ kommt trotz ihres Schmalspur-Programms (Freiheit im Netz) gut an bei jungen Wählern, besonders in den Uni-Städten.

Geklagt wird unter den Schülern

zwar noch häufig, dass die Parteiprogramme besonders für Jugendliche schwer verständlich sind und dass auch im Unterricht Wahlen und Parteien oft zu kurz kommen. Doch auch positive Entwicklungen werden verzeichnet. „Im Internet sind die Parteien diesmal viel stärker vertreten und erreichen damit die Jugend besser“, findet Jessica Jahn (Hechingen).

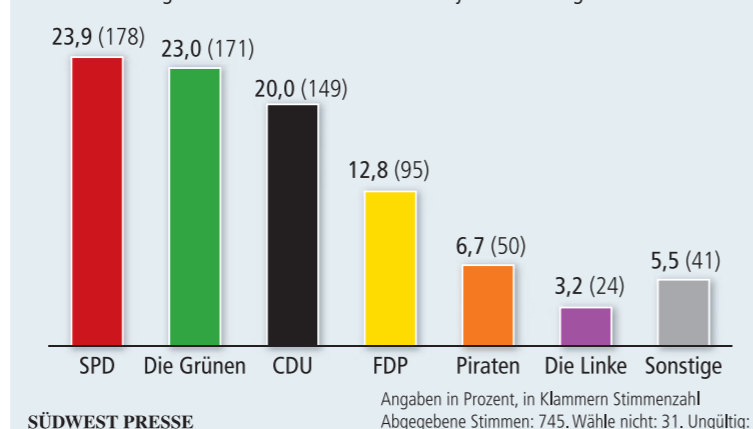
Im Gaildorfer Schenk-von-Limpurg-Gymnasium berichten die Schüler, dass sie bereits im vergangenen Schuljahr im Gemeinschaftskundeunterricht eine Probeabstimmung durchgeführt haben und sich deshalb jetzt recht gut informiert fühlen. Auch wenn es derzeit kei-

nen Gemeinschaftskundeunterricht gebe und die Abstimmung im Religions-/Ethikunterricht durchgeführt wurde. In etlichen Klassen haben die Lehrer/innen auf den Wahl-O-Mat als Möglichkeit zur Orientierung hingewiesen. Gleich mit sechs 12. oder 13. Klassen war die Ulmer Robert-Bosch-Schule größter Teilnehmer, ein gewerbliches Schulzentrum mit mehr als 3000 Pennälern.

„Ich hoffe auf ein klares Ergebnis, damit die neue Regierung Reformen durchbekommt und nicht nur darüber redet“, wünschte sich der Hechinger Benjamin Lehmann (19) bei der Abstimmung – für diesen Wunsch dürfte es jedenfalls eine große Mehrheit geben.

Welche Partei würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?

Probeabstimmung in Klassen im Erstwähleralter an Gymnasien und gewerblichen Schulen



Sie machten mit

- Berufl. Schulzentr. Bietigheim-Bissingen (48 abgegebene Stimmen)
- Schenk-von-Limpurg Gymnasium Gaildorf (65)
- Michelberg-Gymnasium Geislingen (75)
- Berufsschulzentr. Göppingen (80)
- Gymnasium Hechingen (21)
- Hellenstein-Gymnasium Heidenheim (91)
- Schlossgymnasium Kirchheim/Teck (71)
- Gewerbl. Schule Metzingen (24)
- Gewerbl. Schule Kerschensteiner-schule Reutlingen (82)
- Gewerbl. Schule Tübingen (20)
- Gewerbl. Schulzentrum Robert-Bosch-Schule Ulm (151)
- Gymnasium Weikersheim (17)



Wer die Wahl hat: Die Probeabstimmung löst Diskussionen unter Erstwählern an der Kerschensteiner-schule in Reutlingen aus. Foto: Privat